

Erklärung zum Pflegegeldantrag

Name, Vorname Heimbewohner/in	Pflegeeinrichtung
-------------------------------	-------------------

Vermögen

Es muss jedes Vermögen - auch das nicht verwertbare - angegeben werden, ausgenommen angemessener Hausrat. Zu den Angaben sind **zwingend Nachweise** beizufügen, aus denen das verwaltende Institut, die Konto- bzw. Kundennummer und die aktuelle Höhe des Guthabens hervorgehen. **Bitte Girokontoauszüge der letzten sechs Monate und bei Sparkonten Ablichtungen der letzten 5 Jahre beifügen.**

	Heimbewohner/in		Ehegatte/Lebensgefährte	
	nein		nein	
Bargeld	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Girokonto	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Sparguthaben				
Institut, Kontonummer, Guthaben	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Wertpapiere z.B. Aktien, Pfandbriefe, Investmentfonds, usw.	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Bausparverträge	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Kraftfahrzeuge (Kennzeichen)	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Genossenschaftsanteile Banken, Wohnungsgenossenschaften	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
sonstiges Vermögen (z.B. Erbteile, wertvolle Möbel, Schmuck, Bilder, Briefmarken, Münzen, u.ä.)	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Grundvermögen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ja, Lage:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ja, Lage:
Sind Lebens- oder Sterbeversicherungen vorhanden? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
Versicherung, Vers.-Scheinnummer				
private Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
aktuelle(r) Rückkaufswert(e)	<input type="checkbox"/> ist/sind beigefügt		<input type="checkbox"/> werden vom Versicherer angefordert und nachgereicht	
Zum nicht einzusetzenden Vermögen gehören kleinere Geldbeträge oder Geldwerte bis zu einem Betrag von 10.000,- € (bzw. 15.000,- € bei nicht getrennt lebenden Ehegattinnen/Ehegatten) . Ebenso gehört ein angemessenes Einfamilienhaus bzw. eine angemessene Eigentumswohnung zum nicht einzusetzenden Vermögen, solange diese weiterhin von dem Ehepartner bewohnt wird. Die Feststellung der Angemessenheit bedarf einer gesonderten Überprüfung.				

Wurden von Ihnen innerhalb der letzten 10 Jahre, oder auch davor, **Vermögenswerte** (Geldbeträge, Haus- oder Grundvermögen, Wertpapiere, o.ä.) **übertragen** oder **verschenkt**?

<input type="checkbox"/> nein	Art des Vermögens, Empfänger, Zeitpunkt, Wert
<input type="checkbox"/> ja , und zwar:	
Haben Sie vertragliche Ansprüche gegen eine(n) Angehörige(n) oder gegen Dritte?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> auf Nießbrauch <input type="checkbox"/> auf Wohnrecht
<input type="checkbox"/> ja , und zwar:	<input type="checkbox"/> auf Hege und Pflege <input type="checkbox"/>
Wurde jemals auf die Geltendmachung einer dinglich gesicherten Forderung verzichtet (Wohnrecht, Nießbrauch, o.ä.) oder wurde sie auf einen Dritten übertragen?	
<input type="checkbox"/> nein	Art der Forderung, Empfänger, Zeitpunkt, Umfang
<input type="checkbox"/> ja , und zwar:	

Erklärung zum Pflegegeldantrag

Name, Vorname Heimbewohner/in	Pflegeeinrichtung
-------------------------------	-------------------

Wahrheitsgemäße und vollständige Angaben:

Ich/Wir versichere/n, dass die vorstehenden Angaben **vollständig** und **wahr** sind. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann/können (§ 263 Strafgesetzbuch - StGB) und zu Unrecht gewährte Sozialleistungen zurückzuzahlen sind (§§ 45, 50 SGB X).

Mitwirkungspflichten:

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat **alle Tatsachen** anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen (§ 16 Abs. 3 APG DVO NRW i.V.m. §§ 60, 66 und 67 Sozialgesetzbuch I - SGB I-).

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, **unverzüglich** und **unaufgefordert Änderungen** in den Verhältnissen mitzuteilen, die für die Leistung erheblich sind, insbesondere in den **Einkommens-, Vermögens-, Familien- und Aufenthaltsverhältnissen** (Heimwechsel, aber auch Umzug des in der Häuslichkeit verbliebenen Ehepartners/Lebensgefährten), auch die von Haushaltsangehörigen (§ 60 Absatz 1 Nr.2 SGB I).

Über die Folgen fehlender Mitwirkung bin/sind ich/wir belehrt worden (§ 66 SGB I).

Datenschutz:

Ich/Wir willige/n in die **Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und Weiterleitung meiner/unserer personenbezogenen Daten** im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zum Zwecke der Antragsbearbeitung ein. Diese Einwilligung kann von mir/uns widerrufen werden.

Mir/Uns ist bewusst, dass ohne bestehende datenschutzrechtliche Einwilligung (auch durch Widerruf) grundsätzlich keine Gewährung von Sozialleistungen stattfinden kann. Die einschlägigen Vorschriften zum Datenschutz werden durch den Ennepe-Ruhr-Kreis beachtet. Es werden nur die notwendigen Daten erhoben, gespeichert und verarbeitet, die für die rechtmäßige Erbringung der Sozialleistungen erforderlich sind.

Weitere Ausführungen zum Datenschutz können dem „Hinweisblatt Datenschutz“ entnommen werden.

Zustimmung zur Antragstellung auf Pflegegeld:

Hiermit erkläre/n ich/wir gem. § 16 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW) meine/unsere Zustimmung zur Antragstellung auf Leistungen gem. § 14 Alten- und Pflegegesetz (APG NRW) - Pflegegeld - durch den Träger der o.g. Einrichtung. Eine das weitere Verwaltungsverfahren betreffende Vollmacht wird hierdurch nicht begründet.

Die Zahlung des Pflegegeldes erfolgt gem. § 16 Abs. 4 APG DVO NRW unmittelbar an die Einrichtung.

Freiwillige Einwilligung

Ich/Wir ermächtige/n hiermit das Sachgebiet Soziale Leistungen in Einrichtungen des Ennepe-Ruhr-Kreises gem. §§ 67 ff. SGB X die Art und Höhe meiner/unserer Einkünfte, meines/unseres Vermögens und meiner/unserer vermögenswerten Ansprüche gegen Dritte (z.B. Rückforderung aus Schenkungen) im notwendigen Umfang im Rahmen des Verwaltungsverfahrens der aufnehmenden Einrichtung mitzuteilen. Ich/Wir bin/sind darüber informiert worden, dass die Abgabe dieser Einwilligung freiwillig ist. **Ja** **Nein**

Nachfragende Person, gesetzliche/r Vertreter/in, Bevollmächtigte/r	Ehegatte/Lebenspartner/-gefährte der nachfragenden Person	Aufgenommen durch (Verwaltung)
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift
Name u. Vorname der unterschrittsleistenden Person in Druckbuchstaben	Name u. Vorname der unterschrittsleistenden Person in Druckbuchstaben	Verwaltung und Name der unterschrittsleistenden Person in Druckbuchstaben